

Neue Zürcher Zeitung

Moscheevereine sind im Kampf gegen Extremisten gefordert

Nicht immer warnen gemässigte Muslime die Behörden, wenn sich Jugendliche in ihren Reihen radikalieren

BEAT STAUFFER

Der junge Iraker fiel immer wieder durch seine radikalen Äusserungen und seine offen bekundete Sympathie für den IS auf. Damit wollten seine Glaubensgenossen in der arabischen Moschee im sankt-gallischen Wil, in welcher der Extremist verkehrte, nichts zu tun haben. Der Imam Kabil Idrizi untersagte dem Iraker, das Gotteshaus zu betreten - und wandte sich, als dieser Morddrohungen aussprach, an die Wiler Behörden. Diese erliessen ein offizielles Hausverbot und schalteten die Kantonspolizei ein.

Es gibt nur wenige öffentlich bekannte Fälle wie diesen aus dem Mai 2015, in denen sich Moscheevereine aus eigenem Antrieb gegen radikale Kräfte zur Wehr setzen und die betreffenden Personen den Behörden melden. In vielen anderen Fällen gibt es zwar deutliche Hinweise auf eine solche Zusammenarbeit. Doch die Behörden bewahren meist Stillschweigen. Und für die Moscheevereine ist das Thema heikel, stecken sie doch in einem Loyalitätskonflikt und setzen sich durch die Kooperation mit den Behörden der Kritik konservativer oder gar salafistischer Mitglieder aus.

Die Nagelprobe

Dennoch: Die Bereitschaft, radikalisierte Personen tatsächlich den Behörden zu melden, ist die Nagelprobe einer funktionierenden Zusammenarbeit - weit mehr als interreligiöse Gesprächsrunden oder Informationskampagnen. Hier zeigt sich, ob Moscheevereine wirklich gewillt sind, radikale Strömungen innerhalb ihrer Gebetshäuser zu bekämpfen. Für die Behörden ist diese Zusammenarbeit mit lokalen Moscheevereinen von grosser Bedeutung. Denn diese nehmen oft als Erste ein auffälliges Verhalten wahr, können es besser - deuten als aussenstehende Beobachter und verstehen meist auch die Sprache, in der sich die betreffenden Personen ausdrücken.

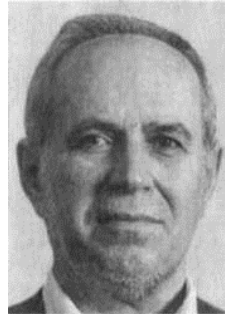
Doch haben Moscheevereine in der Schweiz nach den Vorfällen um den Bieler «Hassprediger» und die An-Nur-Moschee in Winterthur die Zeichen der Zeit wirklich erkannt? Ja, sagt Markus Klinkner. Der Finanzfachmann ist zum Islam konvertiert. Bei der Vereinigung der islamischen Organisationen in Zürich (VIOZ), dem kantonalen Dachverband der Muslime, ist er für die Prävention zuständig.

Klinkner wartet mit einer Fülle an Aktivitäten auf: interne und öffentliche Workshops und Referate, Zusammenarbeit mit verschiedenen Hochschulen, Weiterbildungen für VIOZ-Kaderleute im Bereich Radikalisierung und anderes mehr. In der Deutschschweiz, sagt Klinkner, nehme die VIOZ damit eine Pionierrolle ein.

Ganz freiwillig erfolgte dieses Engagement allerdings nicht: Die VIOZ kam nach dem Fall An-Nur unter starken Rechtfertigungsdruck. Immerhin war dieser Moscheeverein Mitglied der VIOZ und auf dem Papier den - liberalen - Statuten des Dachverbands verpflichtet. Das Problem liege vor allem darin, dass radikalisierte Gläubige nicht leicht zu identifizieren seien und dass die Moscheeverantwortlichen diese meist gar nicht kennen, sagt Klinkner. Aus Gründen des Datenschutzes würden die Behörden der VIOZ die Namen dieser Personen auch nicht weiterleiten. Er wirft den Behörden indirekt sogar vor, «junge Radikale an die Wand knallen zu lassen», anstatt vorzeitig einzugreifen.

Trotz diesen Vorbehalten erachtet Klinkner die Zusammenarbeit mit den Behörden im Allgemeinen als gut; die VIOZ stehe in engem Austausch mit den Stadtpolizeien Zürich und Winterthur sowie mit der Kantonspolizei. Wenn der Dachverband von Ausreisep länen radikalisierte Jugendlicher erfahre, könne er die Kantonspolizei ohne Nennung der Namen darüber informieren, dass in einer bestimmten Moschee derartige Probleme bestünden. «Ohne uns wären mehr Jugendliche ausgereist», sagt Klinkner.

«Und ohne uns wären weniger Personen im staatlichen Deradikalisierungsprozess.» Auch Muslimvertreter in anderen Kantonen betonen ihre gute Zusammenarbeit mit den Behörden und ihre grossen Anstrengungen in Sachen Präventionsarbeit. Man nehme die Verantwortung in dieser Hinsicht sehr ernst, sagt etwa Abdulmalik Allawala vom Verband Aargauer Muslime. Das beziehe sich auch auf die Predigten der Imame. «Bei uns kann nicht jeder predigen, was er will oder gar zur Gewalt aufrufen», betont Allawala. Pascal Gemperli vom Waadtländer Muslimverband sagt, dass der Austausch mit Polizei und Behörden oft hinter den Kulissen passiere.



«In Sachen Prävention haben wir bisher nicht genug getan.»

Mustafa Memeti
Berner Imam

Der Chef der Präventionsabteilung des Kantons Zürich, Reinhard Brunner, bestätigt, dass die Verantwortlichen der VIOZ mit den 16 «Brückenbauern» vom Kanton in gutem Kontakt stünden. Vom Dachverband beziehungsweise von Vertretern von Moscheevereinen hätten die Zürcher Behörden tatsächlich «Hinweise» zu radikalisierten Personen bekommen. Um wie viele Verdächtige es sich handelt, will Brunner aber nicht sagen. Für den Vorwurf Klinkners, die Behörden würden den Moscheevereinen Informationen über radikalisierte Personen vorenthalten, hat Brunner kein Verständnis: Die Polizei sei an das Amtsgeheimnis gebunden und dürfe keine Angaben über konkrete Fälle machen. Auch in Basel-Stadt sind laut Andreas Räss, Leiter der Fachstelle für Diversität und Integration, mehrere Meldungen über radikalisierte Personen eingegangen; in den meisten Fällen an die seit November 2016 eingerichtete Anlaufstelle Radikalisierung.

Diese Meldungen, so erklärt Räss, seien jeweils anonymisiert gemacht worden. Kaum Hinweise zu islamistischen Gefährdungen haben hingegen die Aargauer Behörden erhalten. Diese scheinen auch eine gewisse Distanz zu wahren: Man nehme nicht alles für bare Münze, was an die Kantonspolizei herangetragen werde, und wolle von den muslimischen Vereinen auch nicht als «Feigenblatt» missbraucht werden, erklärt Michael Leupold, Kommandant der Kantonspolizei. Der Verband der Aargauer Muslime wolle seiner Einschätzung nach «solche Probleme wohl lieber intern regeln».

Auch auf muslimischer Seite gibt es Exponenten, die hinter den Leistungsausweis der Moscheevereine ein Fragezeichen setzen. Zu ihnen gehört der Berner Imam Mustafa Memeti. «In Sachen Prävention haben wir bis jetzt nicht genug unternommen», sagt Memeti. Es gebe seitens der islamischen Verbände kein Konzept, um Radikalisierung zu verhindern oder zu bekämpfen. Zudem mangle es an der nötigen Transparenz bezüglich der Inhalte der Freitagspredigten. Skepsis äussert Memeti ebenfalls in Bezug auf die angeblich gute Zusammenarbeit mit den Behörden bei der Meldung von radikalisierten Personen: Es sei nicht sicher, ob diese in der Praxis wirklich funktioniere. Zumindest bei einigen Vereinen handle es sich wohl eher um Lippenbekenntnisse. Memeti glaubt auch nicht, dass die kantonalen Behörden wirklich darüber im Bild seien, was in den verschiedenen Moscheen laufe und welche Prediger dort wirkten.

Und wer hat nun recht?

Kerem Adigüzel, Mitinitiant einer offenen Moschee für fortschrittliche Muslime, hält das Engagement der Moscheevereine für «ungenügend und viel zu wenig sichtbar». Leider würden die meisten islamischen Vereine nicht über soziale Netzwerke und andere, moderne Kanäle mit den gefährdeten Leuten kommunizieren. «Zudem versuchen sie auch viel zu wenig, eine Art Gegenbewegung zu den Fundamentalisten auszulösen, die häufig vor Moscheen aktiv sind.»

Wer hat nun recht, die Beschwichtiger oder die Kritiker? «Die Wahrheit liegt wohl irgendwo in der Mitte», sagt Andre Duvillard, Delegierter für den Sicherheitsverbund Schweiz. Die Verantwortlichen verschiedener kantonalen Verbände seien zwar sehr aktiv, doch es fehle an nationaler Koordination. Vieles hänge zudem von einzelnen Persönlichkeiten ab, etwa dem lokalen Imam. Duvillard betont aber, es sei trotz der Brisanz des Themas wichtig, die Relationen nicht aus den Augen zu verlieren: «Wir haben Probleme mit einzelnen Moscheen, aber nicht generell mit den Muslimen.»